

Freiheit durch Sozialismus



DKP

Studienmaterial für das 1. und 2. Thema
im Bildungsjahr der DKP 1976/77
September 1976

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Dieses Bildungsheft dient als Grundlage für die Bildungsthemen:

Freiheit im Kapitalismus

September / Oktober 1976

Freiheit im Sozialismus

November / Dezember 1976

Wir empfehlen den Zirkelleitern als zusätzliche Literatur:

K. Marx / F. Engels

Manifest der kommunistischen Partei

Kapitel II., Proletarier und Kommunisten, in: K. Marx / F. Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band I, S. 432/3, Verlag Marxistische Blätter.

F. Engels

Anti-Dühring

aus: Erster Abschnitt, Philosophie, das Kapital XI, „Moral und Recht, Freiheit und Notwendigkeit“ (vor allem die letzten Seiten des Kapitels), ferner im Dritten Abschnitt, Sozialismus (die letzten Seiten des Kapitels „Theoretisches“).

W. I. Lenin aus:

Was tun?

aus dem Kapitel I. Dogmatismus und „Freiheit der Kritik“ vor allem die Abschnitte a) Was heißt „Freiheit der Kritik“ und b) Die neuen Verteidiger der „Freiheit der Kritik“.

Herbert Mies

Bericht des Parteivorstandes der DKP an den Bonner Parteitag

S. 28; 56–58, 72.

Teil I: Kapitalismus und Freiheit

I. Warum steht heute die Freiheitsfrage im Mittelpunkt des ideologischen Klassenkampfes?

Alle Welt redet von Freiheit, wobei die unterschiedlichsten Auffassungen geäußert werden. Warum aber ist es so, daß die Freiheitsfrage so sehr in den Mittelpunkt der geistigen Auseinandersetzung rückt? Nun, was sollen denn die Werbetexter des Kapitalismus tun,

- wenn es in ihrem System immer mehr zu Krisen aller Art kommt,
- der Sozialismus ständig stärker wird,
- mit Waffengewalt nicht mehr zu beseitigen ist
- und die Argumente von materieller Not im Sozialismus nicht mehr ziehen?

Sie müssen doch auf Gebiete des geistigen Klassenkampfes ausweichen, in denen aus verschiedenen Gründen der Spielraum für Demagogie noch recht groß ist.

Es ist gewiß schwer, kein Spottgedicht zu schreiben, wenn wir täglich im Radio, im Fernsehen, in der Zeitung hören und lesen, daß wir in der „freien Welt“ leben. Und was uns Kommunisten betrifft, so sind wir, nach den Verlautbarungen der gleichen „Informations“-Quellen, Feinde der Freiheit oder nehmen wir es mit ihr nicht so genau.

Es stört diese Bänkelsänger der Freiheit nicht, daß es deutsche Kommunisten waren, die in unserem Land die größten Opfer im Kampf gegen den Faschismus brachten, daß die von den Kommunisten regierte Sowjetunion für den Preis von 20 Millionen Menschenleben unser Volk vom Faschismus befreite, während nicht wenige der heutigen Freiheitsapostel aktive Parteigänger der blutigen Nazidiktatur waren. Ebensovienig stören die Bänkelsänger der Freiheit solche „Kleinigkeiten“: An der Spitze des führenden Staates dieser freien Welt stehen die Verantwortlichen für den Völkermord in Indochina, für den blutigen Militärputsch in Chile, für die Rechtlosigkeit von 20 Millionen Negern in den Vereinigten Staaten, stehen die Organisatoren des nach Staatsstreichen und massenhaften politischen Morden stinkenden CIA.

Diese seltsame freie Welt ist verantwortlich für den Hunger in den Entwicklungsländern, für blutige Kriege, unter anderem für die beiden Weltkriege. In ihrem Namen handelten einst oder handeln noch die Thieu-Clique Saigons, das Bordaberry-Regime Uruguays, das Ströbner-Regime Paraguays, die faschistischen Herren Brasiliens, die faschistischen Leiter Spaniens, die gestürzten faschistischen Kräfte Portugals und Griechenlands usw. usw. Wir leben im sogenannten freien Teil Deutschlands. Aber hier konnten aktive und alte Nazis Bundeskanzler, Staatspräsident, Verfassungsschutzchefs werden, neofaschistische Organisationen existieren, Judenmörder vor Gericht freigesprochen werden und NS-Richter Berufsverbotsurteile sprechen. Trotzdem zeigen jene mit schmutzigem Finger auf den Sozialismus und

**Freiheit in der BRD =
Freisein von Zwang?**

beklagen die dort fehlende Freiheit, die bis jetzt das Grundgesetz mehr als zweidutzendmal änderten, es dabei etwa einhundertmal verschlechterten, Notstandsgesetze einführten, das Widerstandsrecht des Volkes beseitigten, die KPD verbieten ließen und das Recht auf Volksbefragung ebenso. Sie, die die Legitimität spontaner Streiks bestreiten, aber die Aussperrung zulassen, die uns die „Freiheit“ der Arbeitslosigkeit, des Lehrstellenmangels, des Numerus clausus, das Berufsverbot einbrockten, jene, die das Recht auf Verteidigung im Strafprozeß rapide abbauten, Millionen ausländische Arbeiter unseres Landes mit Sondergesetzen belegten: Jene werden nicht müde, gerade diese Welt mit heuchlerischem Augenaufschlag freiheitlich zu nennen und den Sozialismus als verkörperte Unfreiheit hinzustellen.

Ihre Massenmedien gaukeln uns eine Bundesrepublik vor, in der Freiheit das Freisein von Zwang bedeutet und darin besteht, alles werden, alles sagen, lesen und hören, überallhin verreisen, über die Regierung, Gott und die Welt schimpfen zu können, kurzum alles mögliche tun und lassen zu können.

Wir fragen im Namen von 1 Million Arbeitslosen, die von Arbeitslosenunterstützung leben müssen oder keinerlei Einkommen haben, ob sie wirklich „alles tun und lassen können“?

Wir fragen im Namen jener Zehntausende Schüler, die eine Lehrstelle haben möchten und keine bekommen: Können sie alles werden, was sie wollen? Wir fragen im Namen der mehr als 600 Jugendvertreter, die gefeuert wurden, weil sie die Interessen ihrer jungen Arbeitskollegen vertreten: Können sie alles sagen, was sie wollen?

Wir fragen im Namen der Millionen Leser der Lügen- und Hetzprodukte Axel Cäsar Springers, ob sie wirklich alles lesen können, was sie eigentlich zu lesen bekommen müßten, um darüber informiert zu sein, von wem die Arbeitslosigkeit ausgeht, von wem die Bedrohung ihrer Existenz?

„Die ganze Freiheit, die jetzt die Arbeitslosen haben, ist die Freiheit, unter oft erniedrigenden und diskriminierenden Bedingungen einen Arbeitsplatz suchen zu dürfen, die Freiheit, um eine viel zu geringe Arbeitslosenhilfe bitten zu müssen. Und nicht viel anders steht es um die Freiheit der jungen Menschen, die von großbürgerlichen Zeitungen zynisch als Angehörige einer ‚verlorenen Generation‘ bezeichnet werden, die nicht wissen, ob sie jemals eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten werden. Man bleibe uns vom Leibe mit den Phrasen von der ‚freien und sozialen Marktwirtschaft‘! Die ganze sogenannte Marktwirtschaft ist frei und sozial nur für die Großbourgeoisie. Für die Werktätigen ist sie eine durch und durch unsoziale und unfreie, eine inhumane und ungerechte Ordnung.“ (H. Mies, Bericht an den Bonner Parteitag 1976, kleine Broschüre, S. 28)

Obgleich es also schwer ist, über diese Freiheitsargumentation kapitalistischer Bänkelsänger kein Spottgedicht zu schreiben, können wir die unbestreitbare Wirkung dieses Betrugsmanövers nicht übersehen. Warum ist das so?

Es gibt im Grunde genommen eine ganze Reihe solcher politischer Reizworte. Wir wollen nur einige nennen: Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie. Wer wollte nicht für Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie sein? Begriffe dieser Art lösen in uns positive Gefühle aus. Ist das nicht verständlich angesichts der Tatsache, daß die unteren Millionen in den Ausbeutergesellschaften seit

**Warum wirkt
die Freiheitsdemagogie
des Großkapitals?**

GRUND

GESETZ



25 Jahre



MAX REIMANN, Ehrenvorsitzender der CDU

Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die Verteidigen werden, die es angenommen haben.

GRUNDGESETZ? - DA BIN ICH GAARNIT SO PINGELICH



Konrad Adenauer, Oberhäupter des kalten Krieges

ART 26

Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.



Man kann schließlich nicht so zig mit dem Ding umgehen ABM rauslaufen!



ART 14

3. Eine Entwertung ist zurückhole der Allgen. eine halt zulässig...

Altruistischer Einstellung können wir Sie vorzüglich zum Beamten machen!

Führer der Sozialdemokrat der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung



ART 38

Die Abgeordneten des deutschen Bundestages (...) sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem GEWISSEN unterworfen.



ART 33

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner politischen oder religiösen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.



...möglichst halt der... die Abgrenzung...

Dieser Bilderbogen ist angefertigt von Stefan Siegart und heißt: Grundgesetzgeburtstag (zu beziehen im Format DIN A1 über Gruppe Werkstatt, 7 DM).

Jahrtausenden immer wieder unterdrückt, gegängelt werden, daß sie nichts anderes wünschen, als frei zu sein von dieser Gängelung, von dieser Unterdrückung? Und wenn wir an unser Land denken: Ist es wirklich schwer zu verstehen, wenn das arbeitende Volk in unserem Lande, nach den schrecklichen Erfahrungen mit dem Verlust selbst der formalsten bürgerlichen Freiheiten unter der faschistischen Diktatur, nichts sehnlicher wünscht als: Freiheit?

Es kommen noch andere Gründe hinzu, auf die wir später eingehen werden, die aber hier erwähnt werden müssen. Sie ergeben sich aus den furchtbar schweren Startbedingungen des Sozialismus, aus den Schwierigkeiten der Umgestaltung der gesamten Lebensweise. Die kapitalistischen Meinungsbildner nutzen natürlich solche Schwierigkeiten aus. Sie gaukeln den Massen ein angenehmes Leben im Kapitalismus vor. Dabei geben sie gewisse ökonomische und soziale Erfolge, die während der Perioden der Hochkonjunktur durch den Kampf der Arbeiterklasse errungen wurden, als Erfolge nicht des Kampfes der Arbeiterklasse aus, sondern als solche des Kapitalismus!

Selbstverständlich ist also damit, daß so gut klingende Begriffe, die in uns allen zu gleicher Zeit positive Gefühle auslösen, verwandt werden, noch nichts wirklich geklärt. Diese Worte sind zugleich sehr allgemein und unklar. Jeder kann sich unter ihnen vorstellen, was er möchte. Aber das besagt nicht, daß auch der andere, der diese Begriffe gebraucht, sie im gleichen Sinne versteht wie wir. Gerade das ermöglicht es, daß solche Begriffe sehr leicht zum Zwecke demagogischer Manöver verwandt werden können. Sie sind zugleich gut klingend und sinnverwirrend, begeisternd und vage. Dennoch, das wollen wir nicht vergessen, es haben immer wieder Menschen ihr Leben im Kampf um die Freiheit gewagt. Erinnern wir uns der großen Kämpfe der Sklaven unter solchen Führern wie Spartakus, der Bauern am Ende des Mittelalters unter Thomas Münzer, aber auch der tapfer kämpfenden bürgerlichen Revolutionäre, die 1789 in Frankreich unter der Losung der Freiheit, der Gleichheit und der Bürgerlichkeit auf die Barrikaden gegangen sind. Wir erinnern uns der heroischen Kämpfe der roten Matrosen im damaligen Petersburg, aber auch der Matrosen in Kiel während der November-Revolution von 1918 und des Volkswiderstandes gegen den Faschismus, der ja kein rätselhafter Machtmechanismus war, sondern die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals.

Freiheit ist also nicht nur ein Wort, mit dem Demagogie betrieben wird. Freiheit ist und war immer auch eine Losung großer heldenhafter Freiheitskämpfe der Massen.

Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit u. ä. sind also zunächst allgemeine schillernde Worte, die wenig sagen. Es behauptet die CDU in ihrem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 1976, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Grundlagen ihrer Politik seien. Dem kann, so allgemein ausgedrückt, noch nicht einmal widersprochen werden. Natürlich ist das Eintreten für die Freiheit des Großkapitals, die Arbeiter auszubeuten, sie auf die Straße zu werfen, wenn sie nicht genug Profite bringen, sie auszusperrten, wenn sie für ihre Interessen kämpfen, eine Grundlage der CDU-Politik. Und ebenso unbestreitbar gehört zu ihrer Politik die „Solidarität“ mit der faschistischen Blutjunta in Chile oder den Rassisten in Südafrika. In einer in feindliche Klassen gespaltenen Gesellschaft gibt es eben keine abstrakte Freiheit, wie es keine abstrakte Gerechtigkeit oder Solidarität gibt. Die Frage muß vielmehr

**Freiheit für wen -
Solidarität mit wem?**

stets lauten: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität für bzw. mit wem und gegen wen?

Es ist also offensichtlich notwendig, daß wir genau inhaltlich bestimmen, was gemeint ist, wenn von Freiheit die Rede ist, wobei dieser Inhalt unter historisch-konkretem, gesellschaftlichem Gesichtspunkt zu prüfen ist.

2. Einige häufig vertretene Auffassungen von Freiheit und was davon zu halten ist

Viele meinen, Freiheit bedeute, tun und lassen können, was einem beliebt. Aber um tun und lassen zu können, was einem beliebt, muß man sehr reich sein. Doch auch dann muß man die von unserem Willen und unserem Bewußtsein unabhängigen Gesetze in Natur und Gesellschaft beachten: niemand wird allein schon darum wie ein Vogel fliegen können, weil er es will und Millionär ist. Aber abgesehen davon ist solche schrankenlose Freiheit des einzelnen schon darum nicht möglich, weil jeder einzelne in Gemeinschaft mit anderen Menschen lebt und darum bestimmte Regeln des zwischenmenschlichen Verhaltens beachten muß.

Darum wird diese falsche Auffassung von Freiheit etwas „verbessert“. Es heißt dann: „Die Freiheit des einzelnen wird durch die Freiheit des anderen begrenzt.“ Marx wies schon 1843 darauf hin, daß die innere Logik dieser Auffassung doch so lautet: Je weniger Mitmenschen es gibt, desto weniger begrenzt ist meine Freiheit. Auf die Spitze getrieben, hieße dies: Robinson, allein auf seiner Insel, war der freieste Mensch. Denkt man also diese Auffassung nur richtig zu Ende, so offenbart sie ihr menschenfeindliches Wesen (vgl. K. Marx, Zur Judenfrage, in: Marx/Engels, Werke, Band 1).

Tatsächlich verdankt der Mensch im biologischen und gesellschaftlichen Sinne sein Leben anderen Menschen: er wurde von anderen gezeugt, sein Wissen hat er mit anderen erworben, seinen Lebensunterhalt gewinnt er, zusammen mit anderen Menschen, in der Arbeit. Sprechen und denken kann er nur, weil er zusammen mit anderen Menschen lebt und arbeitet. Nur in der Gemeinschaft mit anderen Menschen kann also der Mensch existieren und frei sein.

Bisweilen beruft man sich auf ein Wort, das Rosa Luxemburg in einem bestimmten Zusammenhang gebrauchte, aber keinesfalls als philosophische Verallgemeinerung verstanden wissen wollte. Sie sagte einmal: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden!“ Das klingt sehr einleuchtend, obgleich auch hier die Grenze meiner Freiheit der Andersdenkende ist. Gäbe es ihn nicht, wäre ich freier. Das ist doch die weiter oben schon widerlegte unrichtige, letztlich bürgerliche Auffassung von absoluter persönlicher Freiheit. Ihr liegt die Tatsache zugrunde, daß in einer Gesellschaft des unerbittlichen Konkurrenzkampfes jeder des Nächsten Feind ist und sich auf dieser Grundlage eine wirkliche Wolfsmoral herausbildet.

Gegen das oben zitierte Wort ist vor allem auch darauf zu verweisen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben. Wenn Freiheit der Arbeiterklasse die der anderen Klasse wäre, wäre sie die der Kapitalistenklasse, also genau das, was wir heute haben: Kapitalismus.

**Ist Freiheit
stets die Freiheit
des Andersdenkenden?**

"Liberal" heißt "freiheitlich"

Die FDP hausiert mit dem Begriff "liberal". Sie hält ihn für ein Markenzeichen des Fortschritts und klebt sich dieses Etikett auf. Der "liberale" Innenminister Maihofer zeichnet für tausendfache Bespitzelung von Demokraten verantwortlich. In seiner Amtszeit ist die Zahl der Berufsverbote weiter angewachsen. Der liberale Wirtschaftsminister Friderichs verteilt aus unseren Steuergeldern acht Milliarden Mark als Investitionszulage an die Industrie: damit wurden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Dann stellt sich Friderichs hin und erklärt, "nur" 650.000 Arbeitslose bedeuteten Vollbeschäftigung. Die FDP ist liberal, doch nur fürs große Kapital.

Demgegenüber ist Freiheit doch wohl vor allem die Freiheit der Klasse, der wir angehören, die Freiheit der Arbeiterklasse, die ohnehin etwa achtzig Prozent der Gesamtbevölkerung umfaßt. Und diese Freiheit kann nur gegen, nur auf Kosten der Freiheit der Kapitalistenklasse erkämpft werden.

3. Was ist Freiheit wirklich?

Zunächst ist sie unser Vermögen, unsere Fähigkeit, mit materiellen und geistigen Mitteln auf die natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen unseres Lebens einzuwirken, diese Bedingungen entsprechend unseren Bedürfnissen zu verändern. Das ist nur möglich auf der Grundlage der Erkenntnis der von unserem Bewußtsein unabhängigen Gesetze in Natur und Gesellschaft. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis können wir planen und erfolgreich handeln.

Das liest sich einfach. In Wahrheit stecken darin aber viele ernste Probleme. Diese materiellen und geistigen Mittel, mit denen wir auf Natur und Gesellschaft einwirken, sind heute anders als früher: sie entwickeln sich im Laufe der Geschichte. In der Klassengesellschaft findet ein ständiger Kampf um ihren Besitz statt. Unter diesen Bedingungen kann die Freiheit nicht für alle Klassen gleich sein. Freiheit ist also ein nicht ein für allemal gegebener, unveränderlicher Besitz der Menschen. Im Zusammenhang von Freiheit und richtiger Erkenntnis stecken wichtige Fragen. Einige dieser Probleme wollen wir nachfolgend etwas genauer untersuchen.

Freiheit, unsere Fähigkeit, die Welt entsprechend unseren Zielen und Zwecken zu verändern, ist nicht eine nebulöse Sache, die irgendwann, wie der „Heilige Geist“ der Christen, über uns ausgegossen worden wäre. Freiheit ist vielmehr etwas, das sich die Menschen im Laufe ihrer jahrhundertelangen Geschichte mühsam errungen haben.

**Freiheit wird in der
Geschichte erkämpft
und höher entwickelt**

Der sich aus dem Tierreich herausentwickelnde Urmensch war im wesentlichen so unwissend wie das Tier, ebenso wie die Tiere den Naturgewalten ausgeliefert. Er war weit davon entfernt, Naturkräfte zu beherrschen. Er mußte sich ihnen anpassen, um bestehen zu können. Er konnte die Gesetzmäßigkeiten der Natur noch nicht erkennen, sie noch nicht verstehen und sie sich demzufolge auch noch nicht zunutze machen.

Die ersten Menschen lebten also nicht viel anders wie die Tiere auch. Sie mußten sich ihrer Umwelt anpassen, und von Freiheit, von freier Entscheidung der ersten Menschen sprechen zu wollen, wäre unsinnig.

Mit zunehmender Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Natur, mit dem Fortschreiten der Wissenschaft, der Technik, der Kultur erobert der Mensch immer größere Möglichkeiten, sich die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung in Natur und Gesellschaft zunutze zu machen, sie im Interesse des Fortschritts, im Sinne der Ausweitung seiner Freiheit zu gebrauchen.

Das zeigt eben, wie falsch es wäre, Freiheit als einen abstrakten Begriff zu sehen, als etwas Unveränderliches.

Die heutige Freiheit des Menschen ist anders als die der Menschen zur Zeit der Sklaverei oder des Feudalismus.

Auch Freiheit ist also etwas, das sich geschichtlich entwickelt.

Das tatsächliche Ausmaß an Freiheit sowohl gegenüber der Natur als auch innerhalb der Gesellschaft hängt also einerseits vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte ab: Wir haben nie mehr Freiheit, als unsere wissensmäßigen und produktionstechnischen Fertigkeiten zulassen. Zugleich hängt aber dieses Ausmaß an Freiheit untrennbar mit der Art und Weise der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln zusammen.

Das zeigen schon wenige Fragen. Manche meinen, Freiheit bedeute, denken und sagen zu können, was wir wollten, und frei wählen zu können. Aber gehören uns die Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen, die Nachrichtenagenturen, die Großverlage, die doch bestimmen den Einfluß auf unser Denken, Wollen und Wählen ausüben? Wir gehen zur Schule, aber wer bestimmt, was dort gelehrt wird, wir? Wählen die zwölf Millionen täglicher „Bildzeitungs“-Leser wirklich frei von Springers „Welt“-„Bild“? Wählen wir auch die Fabrikbesitzer, die Direktoren, die Manager, die Chefs der Unternehmerverbände, die uns auf die Straße setzen, uns aussperren, Lehrlingsausbildungsplätze verweigern können? Wenn also Willy Brandt und andere führende Sozialdemokraten behaupten, Gesellschaften mit Privatbesitz besäßen ein hohes Maß an Freiheit, so ist der Verdeutlichung wegen festzustellen, daß dies die Freiheit der Krupp, Abs, Thyssen, Flick usw. ist. Aber deren Freiheit ist nicht die des Volkes.

Es ist ein von den Verteidigern der kapitalistischen Gesellschaft erzeugter trügerischer Eindruck, es gebe für alle die gleichen politischen Rechte, die gleiche Freiheit.

Dabei gehen sie davon aus, daß es rein gesetzlich, rein formal den Armen wie den Reichen gleichermaßen – um ein Wort des großen französischen Dichters Anatole France zu verwenden – freigestellt ist, Brot zu stehlen, unter Brücken zu schlafen, eine Fabrik aufzubauen, daß Axel

Freiheit und Eigentum

Gleiche Rechte für alle?

Aus dem Grundsatzprogramm der CDU

"Freiheit steht jedem in gleicher Weise zu. Sie kann nur in Solidarität erreicht werden. Der Mensch darf seine Freiheit nicht auf Kosten anderer steigern. Denn die Freiheit des Anderen ist Begrenzung und Bedingung der eigenen Freiheit. Solidarität gilt deshalb vor allem denen, die ihr Leben unter erschwerten Bedingungen zu meistern haben."

Merke: Deshalb hat der CDU-Mann und Konzernboß, der ehemalige SS-Mann Schleyer im letzten Lohnkampf 145.000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Aussperrung ist ihre Spezialität - Kampf gegen die Arbeiter und ihre Frauen und Kinder. Die Solidarität derer, "die unter erschwerten Bedingungen" ihr Leben zu meistern haben, sollen vernichtet werden.

Das ist das Programm der CDU/CSU.

"Freiheit erfordert Gerechtigkeit. Es darf keine menschenunwürdigen Abhängigkeiten geben. Die freie Entfaltung der Person wächst auf dem Boden möglichst gerechter Verteilung von Chancen und Gütern. Um sich frei entfalten zu können, muß der Mensch leben lernen. Leben kann nur, wer es lernt, sich seiner Mitmenschen anzunehmen und dieser Welt anzunehmen."

Merke: Deshalb sind Chancen und Güter so gerecht verteilt, daß 1,7 Prozent der Bevölkerung 71 Prozent des Vermögens besitzen. Die CDU/CSU hat die Freiheit der 1,7 Prozent der Bevölkerung, der reichen Familien und Herrscher dieses Landes, gesichert.

Das ist das Programm der CDU/CSU.

"Die Freiheit bewährt sich in den konkreten Umständen des praktischen Lebens. Es gilt, Freiheit in der Arbeitswelt und Freizeit, in Familie und Nachbarschaft, Gemeinde und Staat zu verwirklichen."

Merke: Deshalb wendet sich die CDU/CSU gegen die Mitbestimmung, deshalb bekämpft sie die Gewerkschaften, deshalb ist sie gegen das Streikrecht - denn die Freiheit der arbeitenden Menschen, die meint sie nicht.

Das ist das Programm der CDU/CSU.

"Zur Freiheit gehört die Ausbildung der Fähigkeit des Menschen, Erkenntnisse zu sammeln und vernünftig und sittlich zu handeln. Selbst urteilen und unterscheiden zu können, schützt davor, sich durch Versprechungen verführen zu lassen, Abhängigkeiten fraglos zu ertragen und Parolen unverstanden zu übernehmen."

Merke: Deshalb will auch die CDU/CSU jene Bürger kaltstellen und sozial vernichten, die sich "zu viele" Erkenntnisse angeeignet haben. Wer erkannt hat, daß die arbeitenden Menschen nur bekommen, was sie sich erkämpfen - der fällt unter das Berufsverbot. "Selbst urteilen" - den verurteilt die CDU/CSU.

Das ist das Programm der CDU/CSU.

DVZ



HEIN

Die Morität von der Freiheit

Cäsar Springer die gleiche grundsätzlich garantierte Meinungsfreiheit wie der Setzer Springer aus dem Verlage Springers hat.

Ebenso haben die Flick, Thyssen usw. bei den Wahlen die gleiche Freiheit wie der Dreher aus dem zum Flick-Imperium gehörenden Mercedes-Benz-Betrieb.

Nur werden die Springer, Abs, Thyssen usw. sich nicht mit Banalitäten wie Brotdiebstählen aufhalten und kein Arbeiter eine Fabrik aufbauen können. Und wenn Springer – der Zeitungsmilliardär – eine andere Regierung will, erfährt das die ganze Welt, aber wenn Springer – der Schriftsetzer – eine andere Regierung will, erfahren das bestenfalls seine Freunde. Und vielleicht nicht einmal die. Denn vielleicht wagt es der Setzer Springer gar nicht, seine eigene Meinung am Arbeitsplatz aus Angst um seinen Arbeitsplatz zu sagen. Wenn die Verfassung jedem das Recht gibt, seine Meinung frei in Wort und Schrift zu äußern, gibt er auch jedem die finanziellen Mittel, sich die dazu nötigen Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Fernsehsendeanstalten zu kaufen? Oder gleiche Wahlfreiheit für die Flick, Krupp und wie sie alle heißen mögen und „ihre“ Arbeiter: Wählen die nicht auch mit ihren Milliarden, wenn sie gar keinen Stimmzettel abgeben? Wählen sie nicht schon vor der Wahl, wenn z. B. die Parteien des Großkapitals ihre Kandidaten aufstellen?

Es zeigt sich also, wie sehr die wichtigsten individuellen Freiheitsrechte – freie Meinung, freie Information, Koalitionsfreiheit, freie Wahlen usw. – der gesellschaftlichen Untermauerung bedürfen. Es zeigt sich, wie eng Freiheit und Eigentum zusammenhängen. Darüber schrieb einst der russische Dichter Dostojewski:

„Was ist Freiheit? Die gleiche Freiheit für alle, das zu tun, was ihnen beliebt, im Rahmen des Gesetzes.

Wann kann man alles, was einem beliebt, tun? Wenn man eine Million besitzt.

Gibt die Freiheit jedem eine Million? Nein.

Was ist ein Mensch ohne eine Million? Ein Mensch ohne eine Million ist nicht einer, der alles, was ihm beliebt, tut, sondern einer, mit dem alle alles Beliebige tun.“

Freiheit hat also ökonomische Voraussetzungen: sie ist an den Besitz der Brot- und Lebensquellen, also des Grund und Bodens, der Fabriken, kurz: der Produktionsmittel gebunden. Die Klasse, die die Produktionsmittel besitzt, also die Kapitalistenklasse, kann der anderen den Hahn abdrehen, sie beispielsweise aussperren.

Freiheit hat ökonomische Voraussetzungen

Die Klasse, die die Lebensquellen und Informationsinstrumente, die Meinungsbildungsinstrumente, die Schulen besitzt oder über ihren Staat kontrolliert – also bei uns vor allem das Großkapital –, kann bestimmen, was die Arbeiterklasse zu denken hat. Darum sagte schon der junge Marx: Die herrschenden Ideen, das sind die Ideen der Herrschenden. Und im „Manifest der kommunistischen Partei“, der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, haben Marx und Engels aus dem unbestreitbaren Zusammenhang von Freiheit und Besitz an den Produktionsmitteln folgende unabweisliche Folgerung gezogen:

„Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel der Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert“ (Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M., S. 61). Wenn die Bourgeoisie also dem Sozialismus vorwirft, ohne Eigentum keine Freiheit, so ist das Volk eben unfrei, solange es nicht die entscheidenden Produktionsmittel besitzt. Freiheit für das Volk setzt voraus, daß die entscheidenden Produktionsmittel in Volkseigentum übergeführt werden. Wirkliche Freiheit für das Volk wird erst im Sozialismus erreicht. Darum heben die Kommunisten stets die „Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor“ (ebenda, S. 82). Mehr noch: Sie wissen und sagen es, daß die Eigentumsfrage, die Freiheitsfrage nicht gelöst werden kann, ohne daß das arbeitende Volk seine politische Macht an die Stelle der bürgerlichen Macht setzt.

Freiheit hat also in der Klassengesellschaft notwendig Klassencharakter. Die Freiheit der einen Klasse kann nur auf Kosten der anderen Klasse durchgesetzt werden. Die Freiheit der Kapitalisten, Arbeiter auszubeuten, geht auf Kosten der Arbeiter. Die Freiheit der Kapitalisten, streikende Arbeiter auszusperrern, geht zu Lasten der Arbeiterklasse. Der Streik von Arbeitern kann dagegen zu Lasten der Unternehmerprofite gehen, wenn die kämpfenden Arbeiter massenhaft, einheitlich und organisiert vorgehen und das Kapital daran hindern, sich für Profitverluste anderweitig Ersatz zu verschaffen.

Freie Wahlen? Weit gefehlt!

K. H. Flach am 20. 7. 1965 in der „Frankfurter Rundschau“:

Wo leben wir eigentlich? Im Orient, am Kongo oder auf dem Balkan? Dort wären die Menschen heute vermutlich beleidigt, vielleicht zu Recht verletzt, wenn man behaupten würde, bei ihnen sei üblich, was in der Bundesrepublik an der Tagesordnung ist. Die „Fälle“ nehmen kein Ende. Während Strauß sich gerade eine Strategie überlegt, aus der Schußlinie der öffentlichen Kritik herauszukommen, sorgt der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, für neue, böse Überraschungen.

Man stelle sich vor, eine weitverbreitete Zeitschrift – in diesem Fall „Der Spiegel“ – kann wörtlich und fein säuberlich in Anführungszeichen folgendes Zitat des Sprechers der deutschen Industrie bringen. „Es kann der Industrie nur recht sein, wenn die Parteien vom Staat finanziert werden. Dann könnten wir viel Geld sparen und den in vielen anderen Fällen üblichen Weg gehen und uns die nötige Anzahl von Abgeordneten einfach kaufen.“ Das konnten einige hunderttausend Menschen in der vergangenen Woche in aller Seelenruhe lesen.

Was ist daraufhin geschehen? Gab es in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung? Hat Präsident Berg sofort scharf dementiert und den verantwortlichen Redakteur verklagt? Hat Bundestagspräsident Gerstenmaier eine Erklärung abgegeben, in der er Ehre und Würde des Hohen Hauses wahrt? Wurde das Präsidium des Industrieverbandes zu einer Sondersitzung zusammengerufen? Bis heute ist nichts geschehen...

Antimonopolistische Mitbestimmung, für die die DKP kämpft, beschränkt die Freiheit der Kapitalisten, Arbeiter selbstherrlich zu entlassen, auszusperrn, die Preise zu erhöhen usw.

Freiheit für das arbeitende Volk zu erkämpfen heißt also, die Macht des Großkapitals, der produktions- und marktbeherrschenden Firmen, ihrer Banken, ihrer Meinungsbildungsinstrumente, den Einfluß ihrer politischen Organisationen zurückzudrängen, zu überwinden. Um die arbeitenden Massen an den Kampf um solche Ziele heranzuführen, ist es nötig, um Mitbestimmung, um die Überführung des monopolistischen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu kämpfen. Um Freiheit für das arbeitende Volk zu ringen, bedeutet auch, gegen die Notstandsgesetze, für das verfassungsmäßig verbrieftete Recht auf politischen Streik, für das Recht des Volkes einzutreten, über grundlegende Gesetze öffentlich diskutieren, in Volksabstimmungen und Volksbefragungen sich dazu äußern zu können, den Einfluß der Monopolverbände auf Regierung, Staatsbürokratie, Gesetzgebungsorgane zu beschneiden, schließlich ganz zu beenden, um nur ein paar Hinweise zu geben, in welcher Richtung der Kampf um Freiheit aufzunehmen ist.

Wir haben gesagt, daß Freiheit bedeutet, in Übereinstimmung mit den objektiven Gesetzen unsere Lebensbedingungen verändern zu können. Das macht es notwendig, die von unserem Willen unabhängigen Gesetze der Natur und Gesellschaft zu erkennen. Wir können Brücken nur bauen, Flugzeuge nur konstruieren, wenn wir die Gesetze der Statik oder der Luftbewegung kennen und genau beobachten. Das gilt entsprechend auch für die Gesellschaft.

Nun ist das aber so, daß die herrschenden Ausbeuterklassen daran interessiert sind, eine wirkliche Erkenntnis der Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung zu verhindern. Gestützt auf Erscheinungen der Oberfläche des Lebens unter kapitalistischen Bedingungen, versuchen sie, das Bewußtsein der Massen zu vernebeln.

Wenn sich Freiheit in bestimmten persönlichen Freiheitsrechten erschöpft und abgelenkt wird von den gesellschaftlichen Bedingungen persönlicher Freiheit – wem gehören Fabriken, Zeitungen, Sender, Schulen usw. –, so wird Bewußtsein vernebelt.

Wenn die Vereinzelung und das feindliche Verhalten von Menschen zueinander, das auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Konkurrenzkampfes sich herausbildet, benutzt wird, um individualistischen Freiheitsvorstellungen das Wort zu reden, so dient das der Bewußtseinsvernebelung.

Wenn das dem Profitstreben zuzuschreibende Drängen des Großkapitals nach Krieg durch angeblich angeborene Natureigenschaften des Menschen „erklärt“ wird (rassistische und nationalistische Ideologie „begründet“ den Krieg aus der Menschennatur), so vernebelt dies unser Bewußtsein ebenso wie die Legende vom fleißigen, sparsamen, intelligenten Kapitalisten oder wie die Vorstellung, Geld habe eine Art mystischer Kraft, mehr Geld zu hecken, sofern man nur genug davon hat. Und auch das falsche Gerede vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist bewußtseinstrübend: Die Arbeiter können ohne Kapitalisten, aber diese nicht ohne Arbeiter leben – wer also gibt wem seine Arbeit?!

Freiheit und Erkenntnis

Wenn die Freiheitsfrage auf unser Freizeitverhalten beschränkt und so getan wird, als sei ein Arbeiter, der die meiste Zeit des Tages unter kapitalistischem Kommando und für kapitalistischen Profit schuftet, nur darum frei, weil er „frei“ zwischen einer der prokapitalistischen Zeitungen wählen kann, so wird Bewußtsein vernebelt.

Dies alles sind nur Beispiele. In Wahrheit ist die bei uns systematisch und massenhaft verbreitete bürgerliche Ideologie – sie wird in verschiedener Verkleidung verbreitet: von offen reaktionären Kostümen hin bis zu sozialdemokratischen – nicht nur in Teilen, nicht nur in „Beispielen“ – bewußtseinstrübend. Sie ist es als ganze. Als ganze soll sie die Arbeiterklasse daran hindern, auf der Grundlage richtiger Gesellschaftserkenntnis zu handeln. Die bürgerliche Ideologie ist eine der grundlegenden Fesseln, eine der grundlegenden Unfreiheiten der Arbeiterklasse. Darum ist der Kampf der Arbeiterklasse um ihre Freiheit untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen das falsche Bewußtsein, für die Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus, der einheitlichen Theorie von Marx, Engels und Lenin.

4. Wie stehen wir Kommunisten zur Demokratie und zum Grundgesetz?

Im gesellschaftlichen Alltag tritt das Problem der Freiheit vor allem in Gestalt der Frage der Demokratie zutage. Untersuchen wir es etwas genauer.

Auch die Demokratie ist, als Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens, historisch entstanden und hat historisch zur Grundlage, daß sich Klassen herausgebildet haben, daß es zwischen diesen Klassen Kampf gibt, daß die ökonomisch stärkere Klasse zur Sicherung ihrer Ausbeutungsfunktionen sich einen politischen Herrschaftsapparat, d. h. einen Staat schafft. Jede Demokratie ist eine Form des Staates, der Herrschaft (d. h. Diktatur) einer Klasse über eine oder mehrere andere.

Die Demokratie der athenischen Sklavenhalter schloß die Sklaven aus und die der feudalen Barone den Hörigen und Leibeigenen. Eine allgemeine Demokratie, eine Demokratie „an sich“ hat es in der Geschichte nicht gegeben, sie gibt es auch heute nicht, weder im Kapitalismus noch im Sozialismus.

Die Untersuchung der historischen Erscheinungsformen der Demokratie zeigt, daß jene Klasse, die über den Grund und Boden, über die wesentlichen Produktionsmittel verfügt, den Charakter der Demokratie bestimmt. Das geht bis in die Einzelheiten. So war für die Theoretiker und Praktiker der Großen Französischen Revolution nur derjenige ein Mensch, dem die bürgerlichen Rechte zustehen sollten, der zugleich Mann und Steuerzahler war. Nur er hatte zum Beispiel Wahlrecht. Das bewirkte, daß nur etwa vier von den damals zwanzig Millionen Franzosen Wahlrecht und andere politische Rechte für sich in Anspruch nehmen durften.

Wenn wir auf der historisch-konkreten Bestimmung des Demokratie-Begriffs bestehen und die Existenz einer allgemeinen Demokratie bestreiten, so bedeutet das nicht, daß wir den Fortschritt leugnen, den die Geschichte der Menschen auch auf diesem Gebiet hervorgebracht hat. Die demokratischen Rechte wurden – auf der Grundlage der Entwick-

**Eigentumsverhältnisse
entscheiden über den
Charakter der Demokratie**

lung der Produktivkräfte und des Freiheitskampfes der jeweils unterdrückten Klassen – im Laufe der Geschichte erweitert.

Erläutern wir das an einem Beispiel: Als im Frühkapitalismus die ersten kapitalistischen Manufakturen entstanden, da brauchten sie Arbeitskräfte. Aber die waren – im wörtlichen Sinne – nicht frei, sondern durch die Beziehungen der Hörigkeit, der Leibeigenschaft, der Zunftordnung gebunden und hatten außerdem persönliche Nutzung (Besitz, nicht Eigentum) an Produktionsmitteln. Solange sie nicht in jenem Doppelsinne frei waren, nämlich frei von feudalen Bedingungen und frei von Produktionsmitteln, konnten sie nicht als Arbeitskräfte in die entstehenden kapitalistischen Betriebe gehen.

Dieser Befreiungsvorgang hatte aber eine zwiespältige Natur. Er führte wohl zur persönlichen Freiheit der Arbeiter aber auf der Grundlage der Besitz- und Eigentumslosigkeit. Es war dies ein äußerst qualvoller Prozeß. Indem wir die dabei angewandten teilweise äußerst brutalen Methoden schildern und die idyllischen Vorstellungen über die Herausbildung des Kapitalismus zerstören, vergessen wir keinesfalls die andere Seite: die Erringung persönlicher Freiheitsrechte für den Industriearbeiter.

Ebenso können wir nicht überschen, daß die Bourgeoisie, als sie sich anschickte, den Feudalismus zu stürzen, die Massen gegen den Feudalismus mobilisieren mußte und schon allein aus diesem Grunde Vereinigungsfreiheit nicht nur für die Bourgeoisie gefordert und durchgesetzt werden mußte.

Die Freiheitskämpfe der Vergangenheit waren also nicht vergebens. Freilich können wir auch die jüngere Geschichte des Kapitalismus nicht übersehen: Mit der Herausbildung produktions- und marktbeherrschender Firmen, der Monopole, gerieten die bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechte immer mehr in die Angriffslinie des Großkapitals, das sich dabei sogar faschistischer Formen der Machtausübung bediente und bedient. Mit der Entwicklung der Bourgeoisie zu herrschender Klasse, der Herausbildung einer selbständigen Arbeiter-



Überall in Europa stoßen die Berufsverbote auf heftige Kritik. Es gibt kaum eine Zeitung, die sich nicht damit befaßt und Parallelen zur Nazizeit herstellte.

**Freiheitsrechte –
Ergebnis des Kampfes
der Arbeiterklasse**

klasse und des Kampfes zwischen diesen beiden Klassen kam es immer mehr zu einem Zurückweichen des Bürgertums vor seinem eigenen anfänglichen Anspruch, die Freiheit zu erkämpfen. Immer mehr mußte nun gerade die Arbeiterbewegung an die Spitze des Kampfes um die Erringung selbst bürgerlich-demokratischer Rechte treten, weil die Arbeiter selbst ihren Lohnkampf z. B. nur auf der Grundlage der Koalitionsfreiheit legal führen können. So wurde das allgemeine Wahlrecht in Preußen erst 1918 im Zuge einer Arbeiterrevolution verwirklicht. Und heute ist es die Arbeiterbewegung – an deren Seite die werktätigen Bundesgenossen des Kampfes für bürgerliche Demokratie stehen –, die zur Verteidigung der noch vorhandenen bürgerlichen Rechte vor dem Zugriff des Großkapitals und seiner Parteien aufruft. Die konsequentesten Kräfte der Arbeiterbewegung haben das demokratische Ziel formuliert, in den Betrieben den Arbeitern erst einmal Mitbestimmungsrechte zu gewähren. Sie haben das Ziel formuliert, die Allmacht der Konzerne zurückzudrängen und schließlich zu überwinden, um so mehr Demokratie für das arbeitende Volk zu erringen und den Weg zum Sozialismus freizumachen. Das bedeutet aber, daß heute der Kampf um Demokratie immer mehr zusammenwächst mit dem Kampf um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht der Monopole.

Mit anderen Worten: Seitdem die tonangebenden Kräfte der Bourgeoisie die bürgerliche Demokratie aus Angst vor der nachdrängenden Arbeiterklasse immer enger fassen, ist es die Arbeiterklasse, die nicht erst im Kampf für den Sozialismus, sondern bereits im Kampf für die Verteidigung und Erweiterung der heute bestehenden Demokratie zur Führung berufen und verpflichtet ist.

**Kommunisten und
Grundrechte**

Dies zeigt sich besonders deutlich auch daran, wie wir zu den Grundrechten stehen. In allen grundlegenden Dokumenten, auf allen Parteitagen hat sich die DKP ausdrücklich zu den im Grundgesetz formulierten Grundrechten bekannt. Die antikommunistischen Volksverdummer stellen die Sache so hin, als ob dies nur ein taktisches Manöver der Kommunisten sei. Es wird verschwiegen, daß die Bourgeoisie, vor allem das Großkapital, diese Grundrechte immer wieder mit Füßen tritt, weil es in ihnen Fesseln für seine reaktionäre Innen- und Außenpolitik sieht. Nicht wir sind die Organisatoren der verfassungswidrigen Aussperrungen, der verfassungswidrigen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei. Nicht wir machen Stimmung gegen das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung, sondern die Reaktionäre und Militaristen des Monopolkapitals. Nicht wir haben die Notstandsgesetze geschaffen, sondern die Grundrechte gegen das Großkapital und seine Parteien verteidigt.

Maoistische und trotzkistische Kräfte arbeiten diesen antikommunistischen Verleumdungen durch das Großkapital direkt in die Hände, wenn sie die DKP, ihres positiven Verhältnisses zu den Grundrechten wegen, „revisionistisch“ nennen. Sie setzen sich mit großer Geste über die Bedeutung demokratischer Rechte im Kampf des Volkes für seine Tages- und Zukunftsinteressen hinweg, weil sie in Wahrheit keine Verbindung zum arbeitenden Volk haben. Sie kennen nicht die Geschichte der Freiheitskämpfe und die Rolle, die die verschiedenen Klassenkräfte dabei spielen. Wir bekennen uns zur Rolle der Arbeiterklasse in ihrem opferreichen Kampf um demokratische Rechte.

Aber es gibt nicht nur diese reaktionär-antikommunistische Verleumdung und ultralinke Geringschätzung des Kampfes für die Grundrech-

te, sondern noch eine andere, falsche Position. Immer wieder erleben wir, daß nicht wenige Menschen die Grundrechte, wie sie heute formuliert sind, schon allein als Kennzeichen der Demokratie einschätzen. Um dieses Problem besser zu klären, verweisen wir auf die Grundrechtsdiskussion, die bei der Formulierung des Grundrechtes geführt wurde. Das war 1948 im Parlamentarischen Rat.

Die Vertreter der KPD haben in diesem Parlamentarischen Rat bei der Grundrechtsdiskussion folgendermaßen argumentiert, wir wollen hier den heutigen Ehrenvorsitzenden der DKP, Max Reimann, zitieren: „Es gibt zwei Arten von Grundrechten: einmal die Rechte auf Sicherung der persönlichen Lebenssphäre, also jene persönlichen Freiheitsrechte. Kein politisch denkender Mensch wird diese Rechte des einzelnen bestreiten. Sie gehören seit der Großen Französischen Revolution zu den selbstverständlichen Grundrechten jeder Demokratie. Aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, heute bei diesen persönlichen Grundrechten stehenzubleiben. Das Ganze der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wird durch die Garantien solcher persönlicher Rechte nicht im mindesten verändert. Die Wurzel allen Übels aber, die Quelle der Unfreiheit und jener dunklen Mächte, die die Menschenwürde und die menschliche Persönlichkeit heute knebeln und erniedrigen, liegt eben in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen. Soll also heute die Frage nach den Grundrechten gestellt werden, so kann diese Frage nur gestellt werden als Recht des Volkes auf die Umgestaltung dieser Verhältnisse. Das ist der zweite, der eigentliche, der historisch echte Begriff der Menschenrechte.“ (Max Reimann, Aus Reden und Aufsätzen 1946–1963, Dietz-Verlag, Berlin 1963, S. 71 f.)

**Max Reimann
zum Grundgesetz**

Teil II: Sozialismus und Freiheit

1. Welche grundlegend neuen Freiheiten bringt der Sozialismus?

Der Sozialismus hat die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre werktätigen Bundesgenossen zur Voraussetzung. Damit verwandelt sich die Arbeiterklasse aus einer unterdrückten in die machtausübende, in die herrschende Klasse. Gestützt auf diese politische Macht, werden die wesentlichen Produktionsmittel in Volkseigentum überführt. Die Arbeiterklasse hört auf, eine ausgebeutete Klasse zu sein. Sie entwickelt die Wirtschaft planmäßig zum Wohle des ganzen Volkes.

Auf dieser völlig veränderten Grundlage ihrer Existenz erringt die Arbeiterklasse eine völlig neue Freiheit.

Freiheit wovon?

Das arbeitende Volk wird frei von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, von der Wirkung der Jagd nach Profit und vom mörderischen Konkurrenzkampf. Das hat eine Fülle von direkten Auswirkungen:

Das Profitstreben ist Antriebskraft für furchtbare Kriege und für die Unterdrückung der Ausgebeuteten. Davon sind die Massen im Sozialismus frei (obgleich sie selbstverständlich die furchtbaren Auswirkungen des imperialistischen Aggressionskrieges der USA gegen Vietnam spürten – ganz davon abgesehen, daß die überfallene Volksrepublik Vietnam ja selbst ein sozialistisches Land ist).

Diese Kriegs- und Unterdrückungspolitik ist Ursache für nationalistische und rassistische Ideologien. Der Sozialismus macht es möglich und notwendig, die Massen in den sozialistischen Ländern davon zu befreien.

Auf der Grundlage des kapitalistischen Eigentums entstanden Bildungsvorrechte für die Bourgeoisie. Sie bestimmte, wer studieren konnte und wer nicht sowie, was gelehrt wurde und was nicht – davon sind die Massen im Sozialismus ebenfalls frei.

Auf der Grundlage kapitalistischen Eigentums, der Jagd nach Höchstprofiten, des mörderischen Konkurrenzkampfes gibt es keine krisenfreie Entwicklung, keine sicheren Arbeitsplätze, sind die Berufsausbildung, der Arbeitsschutz dem Profitstreben unterworfen, was vielfältige Formen von Lebensangst erzeugt – davon befreit der Sozialismus die Massen.

Auf der Grundlage kapitalistischen Eigentums sind Sozial- und Gesundheitspolitik dem Profitmotiv unterworfen: auch davon sind die Massen im Sozialismus frei.

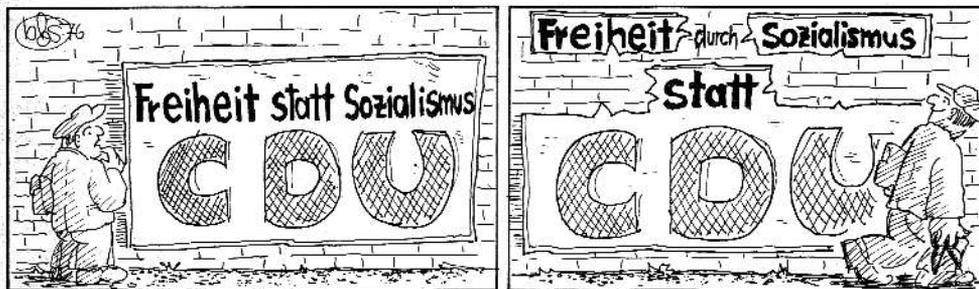
Alles das ist von ganz außergewöhnlicher Bedeutung für die arbeitenden Menschen, weil sich erst unter solchen Bedingungen völlig neue zwischenmenschliche Beziehungen herausbilden können. Das geschieht keineswegs automatisch, bedarf vielmehr des Kampfes, z. B. gegen alte Gewohnheiten, tief verwurzeltes Mißtrauen, „eingefleischten“ Egoismus. Aber es ist möglich, diesen Kampf zu führen, frei von dem Druck jenes Privateigentums, das solchen Egoismus hervorruft und befestigt. So entstehen in einem schwierigen Geburtsprozeß neue Beziehungen der Solidarität, der Gleichberechtigung, der Genossenschaftlichkeit. Wolfsmoral und Lebensangst, die aus dem Wirken kapitalistischer Gesetze und der damit vielfältig verbundenen Unsicherheit entspringen, sterben ab. Es entsteht eine völlig neue Basis für die Humanisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Freiheit wozu?

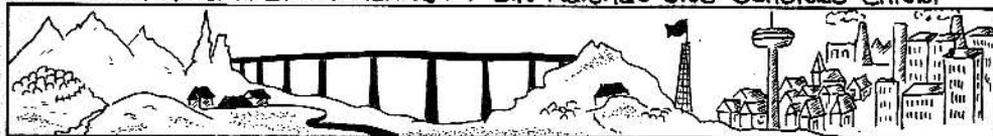
Unter den Bedingungen der politischen Macht der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Eigentums an allen wichtigen Produktionsmitteln erlangen die Arbeiter eine so enorm wichtige Freiheit wie das tatsächliche Recht auf Arbeit. Unter diesen Bedingungen erlangen die Menschen erstmals die Freiheit zur allseitigen Ausbildung ihrer Talente und Fähigkeiten, zur Aneignung des kulturellen Reichtums, den die Geschichte der Menschen hervorgebracht hat. Auf der Grundlage dieser gar nicht hoch genug einzuschätzenden Kulturrevolution entstehen erst Menschen, die fähig sind, im wirklichen Gesellschaftsprozeß mit Sachkenntnis zu entscheiden.

Im Sozialismus erst erlangt der unmittelbare Produzent eine menschenwürdigere Stellung im Produktionsprozeß. Das ist aber der Bereich, in dem der Arbeitende nicht nur den längsten Teil seines bewußten, sondern vor allem seines schöpferischen Lebens zubringt.

Im Sozialismus sind alle arbeitenden Menschen gesetzlich gleichberechtigt. Die Willkür von Leitungen gegenüber Arbeitern wird überwunden. Der Arbeiter hat auf allen Ebenen der Entwicklung des Betriebes, seiner Produktion – von der Produktionsberatung, über die Betriebsgewerkschaftsleitung, die gesellschaftlichen Räte, über die Partei- und Staatsorgane aller Ebenen – das Recht zur Mitentscheidung. Kein Plan, kein Gesetz kommt ohne unmittelbare Mitwirkung des Vol-



DI E BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IST EIN REICHES UND SCHÖNES LAND.



WENN IN DIESEM LAND SOZIALISMUS WÄRE, DANN GÄBE ES



GENUG LEHRER UND ... GENUG ÄRZTE, JEDER HÄTTE EINEN ARBEITSPLATZ.



DI E PREISE WÜRDEN BLEIBEN UND UNSERE KINDER WÜRDEN GAR SCHRECKLICHE GESTALTEN AUS LÄNGST VERGANGENER ZEIT IM MUSEUM BESICHTIGEN.

Mitbestimmung in der DDR

kes zustande. Der Arbeiter hat das Recht der Beschwerde in jeder ihn betreffenden Angelegenheit. In der DDR kann er sich zum Beispiel bis zum Staatsrat hinauf beschweren, und ein Staatsratserlaß verlangt, daß innerhalb von 14 Tagen jeder Beschwerde nachgegangen wird.

Fügen wir wir einmal einen längeren Bericht der Zeitung „Metall“ ein, der am 20. 6. 1972 erschien (das ist die Zeitung der IG Metall der BRD). Der Bericht schildert die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in der DDR (Zwischenüberschriften von uns):

„Was nach dem Gesetz möglich ist...“

„Das Gelenkwellenwerk in Stadtilm ist VEB – volkseigener Betrieb... In zehn Jahren steigerten die Arbeiter die Produktion um rund 350 Prozent... Wir haben uns diesen Betrieb für unsere Untersuchung vor allem deswegen ausgesucht, weil die Rechte der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), die im Gesetzbuch der Arbeit festgelegt sind, hier von den Gewerkschaftskollegen voll ausgeschöpft werden... Der Bericht über die Aktivitäten in diesem Betrieb soll aufzeigen, was nach dem Gesetz möglich ist...“

„...entscheidet natürlich die BGL mit“

„Im Gelenkwellenwerk schaffen 1600 Arbeiter und Angestellte. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist selbst für die DDR außergewöhnlich hoch, nämlich 98,4 Prozent. Auf unsere Frage, ob es denn Pflicht sei, in die Gewerkschaft einzutreten, sagte uns ein Arbeiter: „Mit Gewalt wird niemand hineingezwungen. Wer nicht drin ist, hat eben Nachteile. Er kann sich an der Gewerkschaftswahl nicht beteiligen. Auch die verbilligten Ferienplätze in Gewerkschaftsheimen stehen natürlich nur den Organisierten zur Verfügung. Und wenn wir als Kollektiv jemanden zur Hochschule delegieren wollen, entscheidet natürlich die Betriebsgewerkschaftsleitung mit.“...“

„Jeder dritte hat eine Funktion“

„Mehr als 500 Gewerkschafter arbeiten in den 72 von ihnen gebildeten Leitungen und Kommissionen mit. Sie organisieren zum Beispiel die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (Arbeit im betriebseigenen Klubhaus, Schaffung werkseigener Kindergärten, Sicherung ausreichender ärztlicher Versorgung), sie kümmern sich um den jährlich in großem Stil durchgeführten Wettbewerb, oder sie arbeiten in kulturellen Zirkeln. Es gibt in fast allen Betrieben Arbeitskreise malender Arbeiter, schreibender Arbeiter, es gibt Theatergruppen und Musikzirkel.

Im Gelenkwellenwerk hat man es genau ausgerechnet: Jedes dritte Gewerkschaftsmitglied hat eine Funktion, ist auf irgendeinem Gebiet aktiv. Es wird durch die verschiedensten Formen des innerbetrieblichen Wettbewerbs dazu angehalten, nicht nachzulassen in seiner Aktivität... Das Motto der gemeinsamen Anstrengung heißt: Plane mit – arbeite mit – regiere mit.“

„In der DDR wird die Wirtschaft staatlich gelenkt. Für das Gelenkwellenwerk in Stadtilm wirken sich die Richtlinien der staatlichen Pläne unmittelbar so aus: Die BGL schließt mit der staatlichen Leitung des Betriebes einen Betriebskollektivvertrag ab. Er enthält detaillierte Angaben über die Weiterentwicklung der Gesamtbetriebes, aufgeschlüsselt auf jede Abteilung. Eines der Hauptziele einer Betriebsgewerkschaftsleitung ist es, sich für die Realisierung des Plans einzusetzen. Aber bevor so ein Plan von der Vertrauensleutevollversammlung, dem höchsten Gremium der Gewerkschaften im Betrieb, verabschiedet wird, muß noch eine ganze Menge passieren.

Jedes Belegschaftsmitglied muß mit dem Plan vertraut gemacht werden. Jede Gewerkschaftsgruppe im Betrieb, jedes Arbeitskollektiv muß genauestens überprüfen, ob die Ziele, die die staatliche Leitung ausgearbeitet hat, auch eingehalten werden können. Der BGL-Vorsitzende des Gelenkwellenwerks erklärte uns dazu: „Angenommen, wir haben bisher für die Herstellung einer Gelenkwelle 22 Minuten gebraucht. Wenn der Plan eingehalten werden soll, dürfen wir in Zukunft nur noch acht Minuten brauchen. Jetzt überlegen wir uns gemeinsam, ob und wie dies zu schaffen ist. Eins kommt für uns als Gewerkschafter nicht in Frage: Steigerung der Produktivität auf Kosten der Knochen unserer Arbeiter.““

Jeder kennt den Plan

Das verbriefte Recht

„Wenn aber die Steigerung der Produktion nicht auf die Knochen gehen soll, müssen neue Maschinen her. Bessere Maschinen müssen entwickelt werden... Bei der letzten Plandiskussion haben die Arbeiter über 400 Vorschläge eingereicht. Der staatliche Leiter hat die Pflicht, jeden einzelnen Vorschlag genau zu überprüfen. Der einzelne Arbeiter oder das Kollektiv haben das verbriefte Recht darauf, zu erfahren, was aus ihren Ideen geworden ist. Die Ablehnung eines Vorschlags muß fachlich begründet werden... Entsteht durch eine technische Verbesserung mehr Lärm oder Staub, wird die Arbeitsplatzversorgung schlechter oder fehlen in dem Vorschlag Angaben über die Arbeitsplatzversorgung, muß der Vorschlag abgelehnt werden...“

Kein Plan kann übrigens ohne die Zustimmung der Gewerkschaft verabschiedet werden. Wenn die Vertrauensleutevollversammlung mehrheitlich der Auffassung ist, der Plan sei nicht zu schaffen, muß die gesamte Plandiskussion von neuem beginnen...“

Arbeiter machen Kommunalpolitik

„Stadtilm hat 8000 Einwohner. Die Kommunalpolitik wird wesentlich von den Betrieben bestimmt. Die Kollegen im Betrieb delegieren aus ihrer Mitte Arbeiter in die Kommunalpolitik, damit sie sich hier für gemeinsame Interessen einsetzen. Sie schließen mit dem Rat der Stadt Verträge ab: über ausreichende Wohnraumbeschaffung, über die Betreuung von Rentnern, über Freizeiteinrichtungen, über den Bau von Sportstätten. Die Tätigkeit ist ehrenamtlich...“

Soweit also die Zeitung der IG Metall über Demokratie, über Mitbestimmung in der DDR.

Da den Sozialismus also das beständige Bemühen kennzeichnet, die Mitentscheidung des Volkes auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens herbeizuführen, entwickelt er eine entsprechende Informations-, Bildungs- und Erziehungspolitik. Was heißt das konkret?

Die herrschende Ausbeuterklasse im Kapitalismus ist sorgfältig darauf bedacht, das ganze Bildungssystem in Schranken zu pressen, die dem Kapitalismus die Existenz verewigen helfen: keine Vermittlung von Kenntnissen über den tatsächlichen Zusammenhang der gesellschaftlichen Grundprozesse, Heranzüchtung bestenfalls von „Fachidioten“, Verweigerung der Kultur gegenüber dem Volk. Damit macht der Sozialismus entschiedenen Schluß. Da aus der unendlichen Fülle des vorhandenen Informationsstoffes in jeder Gesellschaft ausgewählt werden muß, kommt es darauf an, ob das Volk gerade jene durch die Geschichte vielfach bestätigten Grundtatsachen des gesellschaftlichen Lebens erfährt, die es ermöglichen, sich in der verwirrenden Vielfalt der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zurechtzufinden, z. B. solche: das Großkapital ist reaktionär und aggressiv, es hat die Nazipartei finanziert und am Krieg verdient. Es ist schuld am Elend in der „dritten Welt“, an den Krisen im Kapitalismus, an Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lehrstellenmangel usw. Im Ahlener Programm der CDU steht das meiste davon auch so und wird die Ablösung des Kapitalismus gefordert. Heute tönen Hitlers Kriegsgerichtsrat und CDU-Ministerpräsident Filbinger, Hitlers Parteigenosse und CDU-Landesvorsitzender Dregger, Hitlers politischer Führungsoffizier in der Armee, F. J. Strauß, Freiheit statt Sozialismus. Sind sie etwa zurückgekehrt zu ihrem nazistischen Ursprung?

In der Bundesrepublik gibt es eine **solche** Auswahl des Informationsstoffes, daß wir hier ein Vergessen solcher 1945 und danach verbreiteter Erkenntnisse erleben mußten. In den sozialistischen Ländern gibt es so etwas nicht. Dort wird das Volk gerade über die geschichtlich erhärteten Wahrheiten informiert.

Der Mensch wird im Sozialismus also frei **zur** Ausbildung seiner Talente und Fähigkeiten, **zur** Entfaltung seiner Persönlichkeit, **zur** Entwicklung brüderlich-genossenschaftlicher Beziehungen zum Mitmenschen, **zur** Einsicht in die tatsächlichen Bedingungen seines Lebens, **zur** Aneignung des Wissens und der Kultur **zur** politischen Mitgestaltung, gesellschaftlicher Selbsttätigkeit.

2. Wie entwickelt sich die Freiheit im Sozialismus?

Diese Entwicklung verläuft im Sozialismus planmäßig, auf der Grundlage des erreichten Standes der Produktivkräfte, der sozialistischen Produktionsverhältnisse, des politischen Kräfteverhältnisses im nationalen und internationalen Maßstab, des Entwicklungsstandes des sozialistischen Bewußtseins.

Freiheit ist darum auch im Sozialismus, wie stets in der Gesellschaft, eine konkret geschichtliche Macht über unsere Lebensbedingungen, die sich **entwickelt**. Sie war in der unmittelbar auf die Revolution folgenden Zeit, da der Sozialismus noch eine schwache Pflanze in feindlicher Umwelt war, von anderer Art als heute, da der Sozialismus täglich erneut seine Überlegenheit erweist und den im Sozialismus lebenden Menschen Freiheiten sichert, um die wir Werktätigen in der kapitalistischen Welt noch hart streiten müssen. Und die Freiheit im Sozialismus wird sich morgen abermals wesentlich weiterentwickelt haben.

Freiheit entwickelt sich also in Abhängigkeit von den objektiven, insbesondere ökonomischen Verhältnissen. Sie erweitert sich. Durch den Prozeß des sozialistischen Aufbaus werden die wesentlichen Unterschiede von Stadt und Land, von Industrie- und Landarbeit abgebaut. Industrielle Arbeitsmethoden halten ihren Einzug in der Agrarproduktion. Moderne Kultur breitet sich auf dem flachen Land aus. Der wesentliche Unterschied von Hand- und Kopfarbeit verringert sich. Im Sozialismus wird der Prozeß durch die gesamte Gesellschaft gefördert – z. B. durch die Schule, durch die Berufsausbildung – der sich auf der Grundlage der neuen Produktivkräfte als Notwendigkeit herausbildet: eine neue Arbeiterpersönlichkeit zu schaffen, die in sich die Fähigkeiten des hochqualifizierten Technikers und des Intellektuellen vereint, über eine hohe und breite natur- und gesellschaftswissenschaftliche Bildung verfügt. Die moralisch-politische Einheit des Volkes festigt sich. Das alles erweitert die Freiheitsspielräume des Menschen im Sozialismus, die ursprünglich durch den vom Kapitalismus ererbten Stand der Produktivkräfte und der überkommenen Klassenstruktur beeinträchtigt waren.

In dem Maße, wie im Sozialismus die angeführten Unterschiede verschwinden, wie die aus jahrtausendelanger Unterdrückung in Klassengesellschaften herrührende Kluft zwischen Macht und Volk schwindet, wie sich der Führungsapparat immer mehr aus dem ganzen Volk rekrutieren kann und sich als eine wahrhaft offene Führungsschicht erweist, dehnt sich die Mitwirkung des Volkes an der gesamtgesellschaftlichen Leitungstätigkeit immer mehr aus. Dies vollzieht sich auf der Grundlage einer solchen Entwicklung der materiellen Produktivkräfte und der Herausbildung einer neuen, von Verantwortungsbeußtsein gegenüber der ganzen Gesellschaft getragenen Moral, daß die Arbeit zum Lebensbedürfnis der Menschen wird, immer mehr alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums fließen und allmählich zum Kommunismus übergegangen werden kann (vgl. K. Marx, Zur Kritik des Gothaer Programms). Damit entwickelt sich eine abermals weit höhere Art von Freiheit. Sofern diese zukünftige kommunistische Welt nicht mehr einer machtvollen, hochgerüsteten, imperialistischen gegenübersteht, kann dann der Prozeß des Absterbens des Staates einsetzen. Polizei, Armee, Justiz und die anderen Instrumente des Staates werden verschwinden.

3. Zum konkreten Charakter der Freiheit im Sozialismus

Mancher meint, es gebe im Sozialismus keine Freiheit, und sagt sinn gemäß folgendes:

„Ich kann mich hier auf den Marktplatz stellen und rufen, dieser oder jener Politiker ist ein Idiot. – Drüben könnte ich das nicht.“

Es ist immer wieder erstaunlich, mit wie wenig manche Leute zufrieden sind. Denn es ist ja zu fragen, ob solches Geschrei etwas ändert oder ob ihnen das nicht nur Freiheit vortäuscht, wo sie doch in Wahrheit ohnmächtig sind? Natürlich sind wir unbedingt dafür, daß das Volk die Möglichkeit erlangt, auf seine Geschichte den bestimmenden Einfluß auszuüben und dazu das Recht erlangt, seine Meinung frei zu sagen. Aber hat das Volk dieses Recht bei uns? Hat nicht der Streik der IG Druck und Papier deutlich gemacht, daß die Herrschenden unseres Landes nur ihre Meinung über den Streik durch die Presse, Funk und Fernsehen verbreiten ließen. Die Arbeitsgerichtssprechung verbietet es

einem Arbeiter, in seiner freien Zeit („auf dem Marktplatz“) ein Flugblatt zu verteilen, in dem die Praktiken in seinem Betrieb angeprangert werden. Und welcher Student in seiner Studienzeit seine kritische Meinung zielklar äußert, dem droht Berufsverbot!

Andere wieder meinen, sie könnten die Freiheit an der Höhe des Lebensstandards messen – als ob nicht der Hitlerfaschismus während bestimmter Jahre blutigen Terror mit relativ gesichertem Lebensstandard verbinden konnte. Und sie kommen durch solche oberflächlichen Vergleiche zu dem Schluß, die USA hätten mehr Freiheit zu bieten als die Sowjetunion. Sie übersehen dabei völlig, daß sie von den geschichtlich außerordentlich schweren Bedingungen absehen, unter denen der Sozialismus bisher entstand und sich in einem äußerst harten und internationalen Klassenkampf behaupten und entwickeln mußte. Krieg, Intervention, Bürgerkrieg, Weltkrieg, Überfall (Vietnam-Aggression „der“ Amerikaner) wirken doch auch auf den Lebensstandard. Außerdem handelt es sich bei den Angaben über den Lebensstandard um Durchschnittswerte. In den USA gibt es ständig Millionen von Arbeitslosen und Millionen, die an der Grenze des Existenzminimums dahingervegetieren. Damit hat der Sozialismus in der UdSSR, der DDR und in anderen Ländern ein für allemal Schluß gemacht. Und wenn jede Sekunde ein Mensch auf der Welt verhungert, so verhungert er nicht im Sozialismus, sondern in den Ländern der „freien Welt“.

Aber in der Tat gibt es im Sozialismus keine „Freiheit für alle“ und „alles“.

Wir möchten das an einigen Beispielen verdeutlichen:

Welche Freiheit gibt es im Sozialismus nicht?

a) Im Sozialismus erhält niemand die Freiheit, sich kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln anzulegen; niemand darf also Betriebe kaufen und Arbeiter ausbeuten. – Hier wird also die „freie Unternehmerinitiative“, die bei uns ja heiliggesprochen ist, gehemmt, mehr noch, sie wird unmöglich gemacht.

Für alle, die Ausbeuter waren oder es werden möchten, ist das natürlich keine Freiheit, sondern Unterdrückung.

Es ist völlig verständlich, wenn Leute wie Flick, Abs, Thyssen usw. die DDR als einen „Staat der Unfreiheit“ bezeichnen, denn dieser Staat hat **ihnen** ja die Betriebe weggenommen und ihnen die Ausbeutung der Werktätigen **dort** unmöglich gemacht. Wenn die westdeutschen Monopolherren über die „Unfreiheit“ in der DDR jammern, dann kann man es ihnen nicht einmal übelnehmen; von **ihrem** Klassenstandpunkt haben sie ja recht.

Für die Arbeiter bedeutet diese Unfreiheit der Kapitalisten dagegen die Freiheit von der Ausbeutung.

b) Weiter. – Wir machen keinen Hehl daraus, daß im Sozialismus manchen Menschen **nicht** die Freiheit eingeräumt wird, ihre Meinung öffentlich zu vertreten.

In der DDR beispielsweise sind Kriegs- und Völkerhetze durch Gesetz verboten. Niemand könnte ungestraft faschistische Ideologien verbreiten oder gar neonazistische Parteien ins Leben rufen. Das entspricht übrigens der UN-Charta, dem Völkerrecht und damit dem Grundgesetz.

Das Volk braucht solche Freiheiten nicht, es wird, im Gegenteil, nur in dem Maße frei, wie sie verschwinden, nämlich frei von dem furchtbaren Blutzoll, den es der „Freiheit“ der Kriegshetze, des Rassismus und Chauvinismus bringen mußte.

Nach der Einweihung des Ehrenmals für die Gefallenen der Bremer Räterepublik waren am 12. Februar 1972 in den „Bremer Nachrichten“ drei Leserbriefe abgedruckt, die alle drei in offen faschistischer Manier gegen die Ehrung der Toten des 4. Februar 1919 geiferten. Da wurde im Nazi-Jargon vom „roten Pöbel“ gesprochen, von „roten Horden“, vom „spartakistischen Pöbel“, vom „Spartakus-Gesindel“ und erklärt:

„Die Sozialdemokraten, auch die Bremer SPD, brauchen dringend Noskes, die gehörig aufräumen.“

Wir wollen hier gar nicht darauf eingehen, welch ein politischer Skandal das ist, daß eine Zeitung so etwas abdruckt, sondern dies nur als Beispiel dafür anführen, daß so etwas in einem sozialistischen Land selbstverständlich unmöglich wäre.

Solche Aufforderungen zum Mord an Demokraten – denn wie anders hat ein Noske denn „aufgeräumt“? – könnte in der DDR nie abgedruckt werden. Freiheit für Konterrevolutionäre und Faschisten gibt es nicht im Sozialismus.

Wer aber das nun als „Einschränkung geistiger Freiheit“ bezeichnen will, der steht nicht nur auf dem Boden der Wiedererrichtung des Kapitalismus, sondern auch der „Freiheit“ zum Mord an Sozialisten.

c) Weiter. – Geradezu als Symbol der „Unfreiheit des Sozialismus“ wurden zwei Begriffe aufgebaut: „Mauer“ und „Schießbefehl“.

Da kommt es dann zu solchen grotesken Erscheinungen, daß der amerikanische Stadtkommandant in Westberlin gegen den sogenannten Schießbefehl wettet, der Vertreter der Macht, die jahrelang in Vietnam Hunderttausende von Menschen umgebracht hat, und die im eigenen Land am laufenden Band Neger und Bürgerrechtskämpfer niederschießen läßt. Springers „Welt“ rechtfertigt die Toten der Nixon-Bomben, Weihnachten 1972 über Hanoi, über Vietnam abgeworfen gleichzeitig mit seiner Hetze gegen „die Mauer“! Und wenn der Autodieb und Sittlichkeitsverbrecher Weinhold, um der Strafe zu entgehen, zwei Grenzposten erschießt, so ist für „Welt“-„Bild“ solcher Mord Notwehr. Da sind sie für ein Recht aufs Schießen, für einen Schießbefehl in umgekehrter Richtung.

Jene, die über Schüsse an der „Mauer“ heuchlerisch Tränen vergießen, sind dieselben, die nicht nur an der Grenze, sondern im Lande selbst für blindwütige Polizei-Schießereien verantwortlich sind und den „Todeschuß“ freigeben wollen.

Es gibt manche, die sich als „antiautoritäre Sozialisten“ betrachten und die deshalb meinen, sie müßten die sozialistischen Staaten attackieren, weil diese ihre Grenzen sichern und eine Armee unterhalten.

Dabei hätten wir heute, ohne den Sieg der Sowjetarmee über den deutschen Faschismus, nicht einmal das an Freiheit, das es heute in der BRD gibt. Ohne die sowjetische Militärmacht hätten sich Kuba, Vietnam und Angola nicht befreien können. Zu Zeiten, da die Pekinger Führer

**Sozialistische Freiheit
wird aktiv geschützt**

Keine Freiheit für Ausbeuter

noch die Wahrheit über die Sowjetunion sagten, verwiesen auch sie auf den ungeheuren Beitrag der UdSSR für den Freiheitskampf Chinas.

Man mag sich noch so sehr als „Sozialist“ fühlen – von einem sozialistischen Staat zu verlangen, er solle doch auf „autoritäre“ (und damit freiheitsbeschränkende) Maßnahmen verzichten, und sei es auch nur, um zu zeigen, daß er „besser“ als der Imperialismus sei, heißt nichts anderes als zu verlangen, daß der sozialistische Staat sich freiwillig aufgeben sollte. „Sozialisten“, die über die Berliner „Mauer“ jammern, haben diese Binsenwahrheit nicht begriffen.

Man muß begreifen, daß also auch im Sozialismus – und das ist abhängig von den jeweiligen politischen Verhältnissen – Freiheitsbeschränkungen erforderlich sind, die sich gegen die Ideologie und Politik der gestürzten Ausbeuter richten.

Es wäre also falsch, die Verwirklichung der Freiheit auch im Sozialismus statt unter einem historisch-gesellschaftlichen, konkreten Blickwinkel irgendwie idealisiert zu behandeln. Absolute Freiheit gibt es nicht. Notwendig hat Freiheit auch im Sozialismus Grenzen und Schranken.

Das Verständnis des Problems der Freiheit im Sozialismus, auch ihrer Schranken, wird dadurch erschwert, daß viele meinen, die sozialistische Revolution bestehe in dem verhältnismäßig kurzen Akt der Machteroberung. Danach müßte also sofort die unmittelbare Selbstbestimmung aller Mitglieder der Gesellschaft in ihrer höchsten Entfaltungsstufe verwirklicht sein.

Gegenüber dieser völlig wirklichkeitsfremden Auffassung muß wenigstens darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Sozialismus historisch zuerst in einem einzelnen Lande, unter gesellschaftlich zu einem großen Teil (wenn auch keineswegs nur – es gab in Rußland Riesenbetriebe, Monopolkapital, eine äußerst scharfe Zuspitzung aller Grundwidersprüche des Kapitalismus!) rückständigen Bedingungen und inmitten einer Welt erbitterter imperialistischer Feinde entstand, sich gegen ihn mehrfach in schwersten Kämpfen sein Lebensrecht erst sichern mußte.

Aber auch Sozialisten unterschätzen nicht selten die Schwierigkeiten, die es mit sich bringt, wenn der junge Sozialismus den Ballast von mehreren Ausbeutergesellschaften, also von Jahrtausenden, abwerfen will. Über Demokratie im konkreten Sozialismus wird nur allzu häufig unhistorisch, ungesellschaftlich diskutiert.

Die sozialistische Umwälzung unterscheidet sich von der bürgerlichen darin, daß sich zwar im Schoße des Feudalismus bereits die kapitalistische, nicht aber im Schoße des Kapitalismus bereits die sozialistischen Eigentumsverhältnisse entwickeln. Darum ist zwar die bürgerliche, nicht jedoch die sozialistische Revolution mit dem verhältnismäßig kurzen Akt des staatlichen politischen Umschwungs vollendet. Bürgerliche Revolution bedeutet, den bereits vorhandenen kapitalistischen Betrieben einen entsprechenden bürgerlichen, staatlich-politischen Überbau zu verschaffen. Sozialistische Revolution bedeutet, daß mit der Schaffung der sozialistischen Macht – also der sozialistischen Demokratie – die Hauptaufgaben erst beginnen: die Bildung einer sozialistischen Produktionsweise. Das ist eine Aufgabe für eine ganze historische Periode, die nur im erbitterten Klassenkampf gegen innere und äußere Feinde verwirklicht werden kann.

Dabei besteht ein weiterer Unterschied darin: die bürgerliche Revolution greift nicht die Einrichtung des Privateigentums an den Produktionsmitteln selbst an, sondern nur seine Form als feudales Eigentum. Es ist häufig möglich, daß sich der feudale Produktionsmittelbesitzer in einen Kapitalisten verwandelt. Aber die sozialistische Revolution ist gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln selbst gerichtet. Ein Kapitalist mag auf die Seite der Arbeiterklasse übergehen, aber das ist nicht die Verwandlung in einen anderen Privateigentümer, sondern er hört dann auf, Privateigentümer zu sein, auszubeuten. Außerdem ist dies eine Ausnahme. Im Kern geht es darum, daß die sozialistische Revolution gegen die Urteile und Vorurteile von mehreren Jahrtausenden Klassengesellschaft gerichtet ist. Das schafft harte Kampfbedingungen und wirkt sich auch auf die konkrete Gestalt der Demokratie aus.

Um ein Beispiel zu erörtern: die sozialistische Demokratie konnte und kann sich in der DDR nur unter den Bedingungen der Existenz eines größeren und reicheren kapitalistischen deutschen Staates, im Kampf nicht einfach des Kapitalismus und Sozialismus auf deutschem Boden entwickeln, sondern im Kampf beider Weltsysteme auf deutschem Boden. Wenn es dereinst in der Bundesrepublik um den Sozialismus gehen wird, existiert wenigstens die erste Seite des Problems nicht mehr, können die Massen in einem ganz anderen Sinne beim Aufbau des Sozialismus dabei sein, als das unmittelbar nach 1945, in der damaligen Sowjetzone, angesichts des Nachwirkens faschistischer Ideologie und der Einwirkungen des „wildes Westens“ auf die spätere DDR der Fall war. Das bedeutet, daß es um eine andere Form der Entfaltung der sozialistischen Demokratie gehen kann.

Aus den eben skizzierten Problemen ergeben sich einige Freiheitsbegrenzungen in Sozialismus, die **nicht** aus dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus selbst folgen, sondern kapitalistisches Erbe sind. Diese Freiheitsbegrenzungen werden mit der wachsenden Reife des Sozialismus überwunden.

Übrigens wäre es falsch, solche Begrenzungen nur negativ zu bewerten: Freiheitsbegrenzungen für die Verteidiger des Kapitals, für die Ausbeuter erweitern doch den Freiheitsraum des arbeitenden Volkes. Und solche Freiheitsbegrenzungen sind gerade im Interesse des Volkes notwendig.

Ogleich die werktätigen Volksmassen zahlenmäßig den gestürzten Ausbeutern überlegen sind, sind diese zunächst – selbst ohne politische Macht – in gewisser Hinsicht noch stärker als die Volkskräfte. Denn das Verhalten der Menschen ist von ihrem Bewußtsein bestimmt. Auch im Bewußtsein jener, die den Sozialismus errichten, sind viele von der früheren, der kapitalistischen Ordnung vorgeprägte Inhalte vorhanden. Da ist die überkommene Moral, die Religion, der sogenannte Besitztrieb, die Angst um seinen eigenen Adam, die uns der Kapitalismus eingeimpft hat. Das alles ist eine Art Lebensgewohnheit, zweite Natur des Menschen geworden und muß erst mühsam überwunden werden.

Die Ausbeuter gibt es zunächst auch noch nach der Revolution. Sie haben zwar nicht mehr die staatliche, aber immer noch teilweise ökonomische Macht, ihre Beziehungen, ihre Auslandsverbindungen. Der größte Teil der Fachkräfte höherer Ausbildung entstammt der bürgerlichen Klasse oder ist eng mit ihr verbunden und darum im Sozialismus gar nicht oder nur mit größter Vorsicht zu verwenden. Die gestürzte Kapitalistenklasse und ihre Fachkräfte besitzen die Kenntnis der Ver-

**Freiheit und Kampf
der Weltsysteme**

Kapitalistisches Erbe überwinden

waltungspraxis, der Organisation, verstehen den Umgang mit der Macht. Auf diesem Gebiete besitzen sie jahrhundertelange Erfahrungen, sind sie bisweilen auch geschickter als die junge, frisch zur Macht gelangte Arbeiterklasse. Die bürgerliche Oberschicht besitzt die Bildung, versteht es, die Vorurteile rückständiger Volksschichten auszunutzen.

Dagegen ist die Masse der Ausgebeuteten selbst in den entwickelten bürgerlich-demokratischen Ländern geduckt, unwissend, ungebildet, verängstigt, zersplittert. Ein nicht geringer Teil von ihnen ist mit Eigentümerideen verseucht. Unter ihnen sind nicht wenige deklassierte ehemalige Kleinrentner. Bis in Volkssprichwort reicht die Mentalität des „Haste nix, biste nix“ und „Klein, aber mein“.

Um die Menschen zu sozialistischem Bewußtsein zu entwickeln, ist also ein schwieriger Umwälzungsprozeß in materieller und geistiger Hinsicht nötig. Es ist keinesfalls unwichtig, daß die Sozialisten bisher in der Regel nur im Ergebnis schrecklicher, vom Kapital ausgelöster, ja verursachter Katastrophen siegten und daß sie, im wesentlichen, nur in rückständigen Ländern siegten.

Aus alledem ergeben sich zahlreiche Konflikte, die auch die sozialistische Demokratie prägen, Freiheitsbegrenzungen hervorrufen, die aber der kapitalistischen Vergangenheit, ihrem Erbe und dem erbitterten internationalen Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus zuzuschreiben sind.

Zu dieser Gruppe von Problemen kommen die unvermeidlichen eigenen Mängel, Schwächen, die Fehler der neuen, sozialistischen Macht. Da wird etwas aufgebaut, das es bisher noch nicht gab, für das es weder Vorbilder noch Lehrbücher gab. Der Weg muß mühselig gesucht werden. Die neuen Führungskräfte haben auf dem Gebiet des Aufbaus der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung noch keine Erfahrungen. Jeder Schritt führt in Neuland. Da wird mühsam gelernt, werden Schritte zu früh, auch zu spät unternommen.

Wir wollen nicht viel darüber argumentieren, aber wenigstens erwähnen, daß sich diese Probleme in der DDR noch schwieriger stellten. Deutschland wurde von außen befreit. Die Kommunisten wurden als Landesverräter verleumdet, was angesichts der nachwirkenden nazistischen Ideen erleichtert wurde. Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen waren in beiden deutschen Staaten unterschiedlich und begünstigten den Westen unvergleichlich mehr. So befanden sich von den 128 Hochöfen, die es 1945 in Deutschland gab, nur 4 auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Die offene Grenze erleichterte bis 1961, auf der Grundlage einer langanhaltenden Konjunktur und bestimmter Bewußtseinsfaktoren, massivste Einwirkung des Westens in die DDR usw. Dazu kamen internationale Faktoren.

Alles das verursachte Freiheitsbegrenzungen, die den konkreten Klassenkampfbedingungen in Deutschland und der Tatsache zuzuschreiben waren, daß eine junge, zunächst noch nicht ausreichend gefestigte sozialistische Macht einer in mehr als einem Jahrhundert ausgebauten kapitalistischen Macht gegenüberstand.

Aber wenn wir auf die sich hieraus ergebenden Freiheitsbegrenzungen verweisen, betonen wir stets zugleich das Entscheidende: Das sind die eingangs genannten gewaltigen neuen Freiheitsrechte, die der Sozialismus brachte.

Keine Klasse der Weltgeschichte hat in so kurzer Zeit, unter so schwierigen Bedingungen der Übernahme der gesellschaftlichen Macht, in so feindlicher Umwelt, unter den Bedingungen schrecklicher Kriege und Verwüstungen geleistet, was die siegreiche sozialistische Arbeiterklasse leistete.

Es ist konkrete Freiheit, die errungen wurde dadurch, daß das rückständige, zaristische Rußland sich aus dem Lande des Holzpflugs, des Kienspans und des Bastschuhs in das der Atomenergie, der Sputniks, der modernsten Verkehrsmittel, die volkseigen sind, dem Wohle des Volkes dienen, verwandelte;

aus dem Lande mit Dutzenden Millionen Analphabeten zum Lande der meisten Wissenschaftler, Techniker, Ärzte, Lehrer wurde;

sich aus einem Gefängnis rechtloser und unterdrückter Völker in die freie, multinationale Gemeinschaft des Sowjetvolkes verwandelte;

sich von Gendarmen der europäischen Reaktion zum mächtigen, vielfältig Hilfe leistenden Hort der antimperialistischen Kräfte der ganzen Welt entwickelte;

der Vorkämpfer im weltweiten Ringen der unteren Millionen geworden ist, die die Menschheit von der Geißel des Krieges und der Ausbeutung, des materiellen und geistigen Elends, des Hungers befreien will und befreien wird.

Darum sagen wir mit Recht: unter dem Gesichtspunkt der heutigen weltweiten Auseinandersetzung fallen Sozialismus und Freiheit direkt zusammen.

Diskussion wichtiger Gesetze mit der Bevölkerung der DDR

1961: Gesetzbuch der Arbeit	
Zahl der Versammlungen	325 000
Zahl der Teilnehmer	7 000 000
Zahl der Diskussionsredner	1 000 000
Vorschläge zur Verbesserung des Gesetzentwurfs	23 000
1964: Jugendgesetz	
Zahl der Vorschläge zur Verbesserung des Gesetzentwurfs	300
1965: Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem	
Zahl der Diskussionsteilnehmer	2 000 000
1968: Verfassung der DDR	
Zahl der Versammlungen und Aussprachen	750 000
Teilnehmer	11 000 000
Vorschläge für Veränderungen	12 494
Änderungen am Entwurf	118

Am 6. April 1968 kam es über diese Verfassung zu einem Volkentscheid:

94,49 Prozent der Stimmberechtigten entschieden sich für die Verfassung.

Arbeiter an den Schalthebeln der Macht

52,6 Prozent der Volkskammerabgeordneten
 75,7 Prozent der Abgeordneten in den örtlichen Volksvertretungen
 75,0 Prozent der Leiter der sozialistischen Volkswirtschaft
 82,0 Prozent der Staatsanwälte
 74,0 Prozent der Richter
 80,0 Prozent der Offiziere der Nationalen Volksarmee

entstammen der Arbeiterklasse.

Fakten über das Recht auf Mitbestimmung in der DDR:

1 858 000 Werktätige sind gewählte Gewerkschaftsfunktionäre
 434 000 Werktätige sind Mitglieder der Ständigen Produktionsberatungen ihrer Betriebe
 3 500 Werktätige sind Mitglieder der Produktionskomitees
 650 000 Bürger sind Mitglieder der ständigen Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Aktive
 333 000 Bürger wurden in die Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Nationalen Front gewählt
 150 000 Bürger sind ehrenamtliche Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion
 50 400 gewählte Schöffen sprechen zusammen mit den Berufsrichtern Recht
 186 000 Bürger sind Mitglieder der 21 724 Konfliktkommissionen

56000 Bürger sind Mitglieder der 5290 Schiedskommissionen
632000 Eltern sind gewählte Mitglieder der 95000 Klassenelternak-
tivs und der 7900 Elternbeiräte der Schulen
210000 Bürger sind Mitglieder der 16900 Verkaufsstellenausschüsse
des Konsums
100000 Bürger sind Mitglieder der HO-Beiräte

Wie wird in der DDR gewählt?

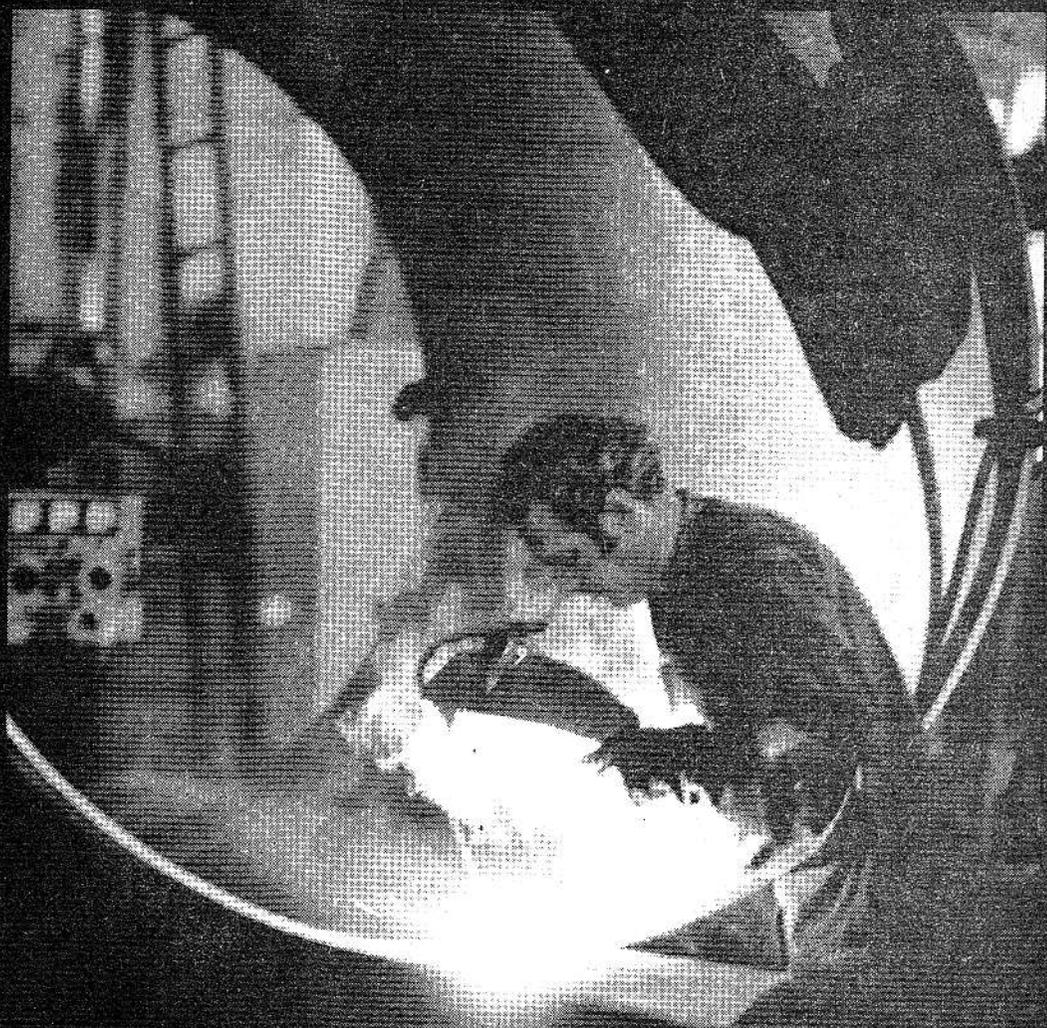
Die Wahlkommissionen setzen sich aus Vertretern der in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Massenorganisationen sowie aus weiteren Vertretern der Bevölkerung zusammen. Die Parteien und Massenorganisationen bringen dort ihre Wahlvorschläge ein. Da sie auf der Grundlage des Programms der Nationalen Front zusammenarbeiten, vereinigen sie ihre Wahlvorschläge zu einer gemeinsamen Liste der Nationalen Front. Damit ist zugleich gesichert, daß sich alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte mit ihren eigenen Kandidaten an der Wahl beteiligen. Die so von der Nationalen Front vorgeschlagenen Kandidaten werden den Wählern ihres Wahlkreises auf Wählerkonferenzen und in Wählerversammlungen vorgestellt. Dort berichten sie über ihre bisherige Arbeit und ihre Pläne für die Zukunft in der Volksvertretung. So lernen die Wähler vor der Wahl ihre Kandidaten persönlich kennen.

Zugleich können die Wähler den Kandidaten konkrete Aufträge stellen, über deren Erfüllung sie vor den Wählern Rechenschaft ablegen müssen. Es werden mehr Kandidaten aufgestellt, als Abgeordnete zu wählen sind. Die Wählervertreter legen die Reihenfolge in der Kandidatenliste fest. Die Wähler haben das Recht, Kandidaten vor der Wahl aus triftigen Gründen abzulehnen, Kandidaten bei der Wahl auf dem Wahlzettel zu streichen.

Erst nach solcher gründlichen Vorbereitung findet der Wahlakt statt.

Sozialismus konkret

Ein Report der DKP
Heft 3 -50 DM



Volkseigener Betrieb Germania
KARL-MARX-STADT

Artikel 2

(3) Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für immer beseitigt. Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes Eigen. Das sozialistische Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ wird verwirklicht.

Artikel 6

(5) Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß werden als Verbrechen geahndet.

Artikel 20

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat unabhängig von seiner Nationalität, seiner Rasse, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, seiner sozialen Herkunft und Stellung die gleichen Rechte und Pflichten. Gewissens- und Glaubensfreiheit sind gewährleistet. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich.

Artikel 21

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gemeinschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten. Es gilt der Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“.

Artikel 24

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Er hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation. Er hat das Recht auf Lohn nach Qualität und Quantität der Arbeit. Mann und Frau, Erwachsene und Jugendliche haben das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung.

Artikel 25

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das gleiche Recht auf Bildung. Die Bildungsstätten stehen jedermann offen. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem gewährleistet jedem Bürger eine kontinuierliche sozialistische Erziehung, Bildung und Weiterbildung.

Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky

W. I. LENIN

Hier ein paar zusammenfassende Daten über die Gesamtrussischen Sowjetkongresse in der Geschichte der russischen Revolution:

Gesamtrussische Sowjetkongresse	Zahl der Delegierten	Davon Bolschewiki	Bolschewiki in Prozenten
I. (3. VI. 1917)	790	103	13
II. (25. X. 1917)	675	343	51
III. (10. I. 1918)	710	434	61
IV. (14. III. 1918)	1232	795	64
V. (4. VII. 1918)	1164	773	66

Ein Blick auf diese Zahlen genügt, zu begreifen, warum die Verteidigung der Konstituierenden Versammlung oder das Gerede (wie das Kautskys), die Bolschewiki hätten nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, bei uns nur mit Gelächter quittiert wird.

SOZIALISTISCHE

KLASSIKER



MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Literatur zum Thema

Autorenkollektiv

**FREIHEIT
und
GESELLSCHAFT**

DM 8,50

**MARXISTISCHE
BLÄTTER**

Für Probleme der Gesellschaft,
Wirtschaft und Politik
Frankfurt am Main, 13. Jahrgang
September/Oktober 1975 4.-

**FREIHEITS- UND
EIGENTUMSIDEOLOGIE
DES GROSSKAPITALS**



VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER

Hedderheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt 50

DKP-Anschriften:

Deutsche Kommunistische Partei
Partei Vorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Heinrich-Baumann-Straße 27, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 15 60

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpnbeckstraße 66, 2000 Hamburg 20
Telefon (0 40) 47 66 19

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt (Main)
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Uhlemeyerstraße 2, 3000 Hannover
Telefon (05 11) 32 91 80

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 6 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Duisburger Straße 83, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 70 13-14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 51 47

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 3 34 89

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68